



## Niederschrift

9. Plenarsitzung des Gemeinderates  
29. April 2025, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

### **Punkt 4 der Tagesordnung: Grundsatzbeschluss der Stadt Karlsruhe zur Entwicklungsstrategie des Kraftwerkstandortes Karlsruhe der EnBW**

Vorlage: 2025/0169/1

### **Punkt 4.1 der Tagesordnung: Grundsatzbeschluss der Stadt Karlsruhe zur Entwicklungsstrategie des Kraftwerkstandortes Karlsruhe der EnBW**

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2025/0169/2

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Planungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss – mit diesem Grundsatzbeschluss, die EnBW in ihrer Entwicklungsstrategie, den Kraftwerksstandort Karlsruhe mit einem neuen, wasserstofffähigen Rheinhafen-Dampfkraftwerk Karlsruhe (RDK) zukunftsfähig auszubauen, grundsätzlich zu unterstützen. Mittelfristig sollen sowohl eine klimaneutrale Stromerzeugung als auch Potenziale für die klimaneutrale Einspeisung in das aktuelle und noch weiter auszubauende Karlsruher Fernwärmenetz gesichert werden.

Eine rechtliche Bindungswirkung für die noch zu erfolgende rechtliche Prüfung und Abwägung im Rahmen des weiteren Planungs- und Genehmigungsprozesses ist mit diesem Grundsatzbeschluss ausdrücklich ausgeschlossen, insofern handelt es sich hier um eine politische Willensbekundung zur Einleitung der entsprechenden Verfahren und entlastet die EnBW weder von ihren Entwicklungsrisiken noch begründet sie Ansprüche auf eine bestimmte Entscheidung.

Aufgrund der sehr hohen Bedeutung des Vorhabens, der Umsetzung der Kraftwerksstrategie des Bundes mit der zeitnahen Ausschreibung regelbarer Stromerzeugungsanlagen als Ergänzung zu den volatilen erneuerbaren Energien sowie auch aufgrund der vielfältigen Chancen für die Region Karlsruhe bzgl. der Wasserstoffnutzung, sollen die notwendigen Rechtsverfahren (Verfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz BImSchG und kommunale Bauleitplanung) in höchster Priorität betrieben werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Zustimmung.

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 8. April 2025:

Ich darf festhalten, dass Herr Stadtrat Dr. Cremer sich hier als befangen erklärt. Zu diesem Ergänzungsantrag darf ich auch den Vertreter der EnBW oben auf der Tribüne sowie zahlreiche andere Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Klimabündnis und darüber hinaus begrüßen. Wir haben eine veränderte Fassung dieser Vorlage, das haben Sie bitte zur Kenntnis genommen. Und jetzt diskutieren wir erst einmal, und dann gucken wir, wie wir mit den verschiedenen Aspekten umgehen.

**Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE):** Die Energiewende nimmt Fahrt auf. 2024 hatten wir 60 Prozent des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energiequellen. Das ist gut so. Das ist sehr gut so. Wir alle möchten aber auch Strom dann konsumieren, wenn die Sonne ein paar Tage nicht scheint und der Wind nicht weht, wie zum Beispiel Ende letzten Jahres das eine Zeit lang der Fall war. Deswegen ist man sich eigentlich in der Wissenschaft einig, dass wir flexible Gaskraftwerke für eine Übergangszeit brauchen. Für diese Versorgungssicherheit möchte jetzt die EnBW ein Gaskraftwerk im Rheinhafen bauen, denn damit lässt sich natürlich auch gut Geld verdienen.

Wir haben heute darüber zu entscheiden, wie wir uns grundsätzlich zu diesem Thema positionieren. Unsere Rolle ist die kritische Begleiter in dem dafür notwendigen Bebauungsplan. Und wir als GRÜNE-Fraktion sagen zu dieser Beschlussvorlage „Ja, aber“, mit einem ganz klaren Aber. Ja, wir brauchen flexible Erzeugung, aber wir müssen Versorgungssicherheit und Klimaschutz gemeinsam denken. Das heißt, dass auch der Strom aus diesem Gaskraftwerk nachhaltig und erneuerbar sein muss.

In der Beschlussvorlage ist dieses Ziel viel zu vage definiert, und deswegen haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, dass die Stadt mit der EnBW einen städtebaulichen Vertrag aushandeln möge mit den Zielen ab 2035 Wasserstoff, blauer oder grüner, ab 2040 nur noch grüner Wasserstoff, die direkten und indirekten Emissionen von Anfang an kompensieren, das umweltschädliche LNG begrenzen, und wir sprechen uns für eine zeitlich gestaffelte Festlegung der maximalen Vollastbetriebsstunden aus, solange das Kraftwerk noch Gas verbrennt. Dieses Vorgehen und diese Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Die Stadt Heilbronn stand vor einigen Jahren vor einer ganz ähnlichen Situation mit der EnBW. Dort wurde ein entsprechender städtebaulicher Vertrag mit der EnBW und mit ganz ähnlichen Punkten beschlossen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass die Stadtverwaltung in der Stellungnahme die grundsätzliche Idee eines solchen städtebaulichen Vertrages mit diesen Zielen im Verfahren prüfen möchte und insbesondere, dass man sich da an dem Beispiel der Stadt Heilbronn orientieren möchte. Wir sehen den Antrag deshalb als erledigt an und werden der Beschlussvorlage zustimmen, mehrheitlich.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Heute geht es um eine grundsätzliche Entscheidung für den Kraftwerksstandort Karlsruhe, und die anderen Sachen, der Antrag ist ja jetzt zurückgezogen, halten wir dann für notwendig, wenn es um die Detailfragen geht. Die spielen heute aber keine Rolle. Es geht hier um eine politische Willensbegründung, um der EnBW Rückenwind zu geben, um ihr Verfahren und ihr Kraftwerk bauen zu können. Für die bezahlbare Stromsicherheit der Bevölkerung, für die Netzstabilität und für die Fortsetzung der

Energiewende brauchen wir vor allem im Süden, hier in unserem Bereich des Landes, zu den volatilen erneuerbaren Energiequellen regelbare Stromerzeugungsanlagen als energiebezogen. Um den kompletten Kohleausstieg zu ermöglichen, bedarf es solcher zukunftsfähiger Kraftwerke. Zunächst wird die Anlage noch mit Erdgas betrieben. Dies bedeutet dann schon eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 50 Prozent, und später wird es der Wasserstoff sein. Außerdem wird der Anschluss an das Wasserstoffkernnetz dadurch mit aller Wahrscheinlichkeit schneller erfolgen, was für die ganze Region ein guter Fortschritt ist.

Karlsruhe ist ein guter Standort, und wir sollen froh darüber sein, dass die EnBW hier bauen will. Dies ist ein zukunftsfähiger Ausbau und eine dauerhafte Sicherung des Standortes. Wir sollten alles daran setzen, mitzuhelfen, dass die EnBW dieses Vorhaben im Zeitplan förderungsfähig verwirklichen kann. Bis 2026 benötigt die EnBW belastbare rechtliche und planerische Grundlagen. Auch mit den Stadtwerken Karlsruhe bezüglich einer Verwendung der Abwärme mit der Option einer Kraft-Wärme-Kopplung für den Ausbau der Fernwärme laufen intensive Gespräche. Damit kann auch eine schnellere Defossilierung der Fernwärme erreicht werden. Da dies aber nur ein Baustein ist, müssen die anderen Möglichkeiten der Wärmergewinnung, Flusswärmeanlagen, Speicher, Wärmepumpen und auch die Geothermie in einer Gesamtkonzeption durch die Stadtwerke weiter vorangetrieben werden.

Der Bau des RDK 9 ist der Weg in die richtige Richtung. Deshalb sollten wir der EnBW signalisieren, dass wir sie bei der Durchführung dieses Projektes unterstützen und alles tun, dass sie ihren Zeitplan einhalten können. Nicht anhaltendes Hin und Her sollte uns leiten, sondern der Wille, nun einfach einmal anzufangen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Unsere Aufgabe ist es nicht, die Energiepolitik oder die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung hier zu diskutieren, sondern unsere Aufgabe ist, sich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einzusetzen und für sie das möglichst Beste zu erreichen. Ich glaube, das ist uns aber auch allen klar. Und wir sehen eine ganz große Chance in dem, was die EnBW an ihrem Kraftwerksstandort hier in Karlsruhe plant. Wir sehen Vorteile für Karlsruhe in genau drei Gründen. Ich wiederhole jetzt ein bisschen das, was der Kollege Müller schon gesagt hat, weil er im Prinzip die gleichen Gründe aufführt, aber sie sind unserer Meinung nach auch total offensichtlich.

Wir brauchen langfristig in Süddeutschland regelbare Stromversorgungskapazitäten, denn der Strom wird in Zukunft hauptsächlich aus Norddeutschland kommen. Und wir haben hier viel produzierendes Gewerbe, das energieintensiv ist. Deswegen werden wir hier weiterhin unsere Energiekapazitäten dringend benötigen. Wir liefern ein weiteres wichtiges Argument, dass wir möglichst schnell an das Wasserstoffkernnetz angeschlossen werden. Und das kommt ebenfalls dem produzierenden Gewerbe und aber auch allen anderen in dieser Region zugute. Das dritte Argument ist, wir schaffen eine weitere Option für die Fernwärmeversorgung in Karlsruhe. Ich will nicht sagen, und das ist, glaube ich, auch Konsens, dass es viel zu verfrüht ist, jetzt schon zu sagen, dass das ein Schlüsselement wird oder irgendein Zukunftselement wird, aber es könnte ein Baustein sein, einer von vielen Bausteinen. Wir können jetzt ins Gespräch gehen, und wir werden uns die Optionen auch offenhalten, inwiefern das dann in die Strategie der Fernwärmeversorgung der Stadtwerke passen wird oder auch nicht. Wichtig ist, dass wir mit dem EnBW einen verlässlichen Partner haben, mit dem wir seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten. Deswegen wollen wir sie

unterstützen in diesem Vorhaben und danken, dass wir auch die Möglichkeit bekommen, hier unsere Meinung dazu zu äußern.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir hatten es vorhin beim Haushaltssicherungsprozess, und Ihre Auseinandersetzung, Herr Oberbürgermeister, mit Innenminister Strobl hat mehrere Ausgaben der BNN gefüllt. Deutschland geht das Geld aus, und die Kommunen sind die Ersten, die pleitegehen. Die Altparteien haben erst gegen die Stimmen der AfD ein rund 1.000 Milliarden umfassendes Darlehenspaket auf den Weg gebracht. Das kann man als Staat, wenn überhaupt, nur einmal machen, siehe Großbritannien. Und es ist jetzt schon klar, dass das Geld nicht für alle bereits von CDU, SPD und GRÜNEN artikulierten Wünsche reichen wird. Trotzdem versuchen CDU und SPD als neue Bundesregierung weiterhin, die teure Energiewende durchzuboxen. Und die Energieversorger machen mit, als wäre Geld im Überfluss vorhanden. Doch was soll die Energiewende, also die Dekarbonisierung der deutschen Stromversorgung, ohne Nutzung der Kernkraft bis 2045 kosten? Letztes Jahr hieß es noch bis zu 5.000 Milliarden Euro. Auf der Homepage der EnBW wird aufgrund einer aktuellen Studie von Aurora Energy Research erklärt, mit Einsparungen beim Stromverbrauch koste es nur 3.440 Milliarden Euro. Das sind aber immer noch 172 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten 20 Jahre. Und den Kreditrahmen für die nächsten 10 Jahre haben Merz & Co. bekanntlich schon ausgeschöpft. Die Energiewende ist damit offensichtlich gescheitert. Insbesondere Wasserstoff wird es absehbar nie bezahlbar geben. Er ist jetzt schon rund dreimal so teuer wie Erdgas. Der Bau des Wasserstoffkernnetzes allein soll an die 200 Milliarden Euro kosten.

Was bedeutet das alles für RDK 9? Es wird voraussichtlich niemals mit Wasserstoff betrieben werden. Falls wir nicht wieder von Russland Erdgas beziehen, wird es auch beim Betrieb mit Erdgas teuer sein. Dadurch kommt es nur für Spitzenlast infrage und deshalb kaum bis gar nicht als Wärmelieferant für Fernwärme. All das ist schon Grund genug, dieses Projekt abzulehnen. Entscheidend ist aber, dass es auf dem Platz der Kohlehalde gebaut werden soll, die auch künftig für die Befeuerung von RDK 7 und RDK 8 dringend gebraucht wird. Denn auf diese Anlagen werden wir nach dem bevorstehenden Scheitern der Energiewende angewiesen sein, um den Strombedarf von Karlsruhe und der Region zu decken. Laut Verwaltungsvorlage bedeutet der Bau des RDK 9 folgerichtig auch das Aus für RDK 7. So steht es in der Vorlage. Wir beschließen also hier auch das Aus für RDK 7, das uns bisher immer noch in der Netzreserve zur Verfügung steht, auch für die Fernwärme. Die AfD-Fraktion lehnt diesen Antrag deswegen ab.

**Stadträtin Lorenz (FW):** Meines Wissens ist es kein Antrag, es ist heute eine Willensbekundung. Und ich nehme es vorweg, von unserer Seite ein ganz klares Ja zur Kraftwerksstrategie der EnBW. So ein bisschen tut sie mir schon leid. Sie hat so etwas von eierlegender Wollmilchsau. Auf der einen Seite wird ihr so unterschwellig vorgeworfen, dass sie gewinnorientiert arbeitet, auf der anderen Seite steckt man doch gern die Dividenden ein. Sie soll die Versorgungssicherheit der Bevölkerung sichern und noch alles am besten klimaneutral. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir wollen alle das Gleiche. Wir wollen CO<sub>2</sub> sparen, und am liebsten wäre uns natürlich, wenn wir alles jetzt schon gleich mit grünem Wasserstoff machen könnten. Aber wir wissen, das geht nicht. Und wir sind hier auch nicht bei Wünsch-dir-was, sondern bei So-ist-es. Wir planen ein ganzes Stück in die Zukunft.

Ich war auch ein bisschen überrascht über den Ergänzungsantrag, den wir heute festzurren wollen. Wir können noch gar nicht sagen, wie viel und zu welchem Preis dieser grüne Wasserstoff in 2035 oder 2045 vorhanden sein wird. Wenn er denn da ist und er ist bezahlbar, dann werden wir die Letzten sein, die sagen: „Nein, das machen wir nicht. Wir stellen nicht um.“ Letztendlich steht für uns, der Kollege Huber hat es richtig gesagt, die Versorgung, die Grundversorgung der Bevölkerung, und nicht nur der Bevölkerung, vor allem auch der Unternehmen, von denen wir auch gerne die Gewerbesteuern nehmen, die muss für uns als Stadtparlament an erster Stelle stehen, von dem her ein ganz klares Ja.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze zum Klimabündnis sagen. Ich war ein bisschen überrascht. Ich war auch bei der Videokonferenz, das war ein sehr konstruktiver Austausch. Ich glaube, viele von uns haben das ein oder andere noch mitgenommen. Auch die beiden Herren, die von der EnBW dabei waren, die waren sehr geduldig. Aber ich habe bisher hier in der Verwaltung noch keine Vorlage erlebt, die aufgrund von, sage ich jetzt einmal, Vorgaben von so einem Bündnis derart verändert wurden. Es kam so ein bisschen vor, als wenn die Verwaltung hier am Schnürchen durch die Manege geführt wird. Manchmal ist es auch so, dass zum Beispiel IHK oder andere Einrichtungen Stellungnahmen dazu abgeben und auch oft mit guten Gründen. Davon habe ich hier noch nichts gelesen. Das möchte ich zu bedenken geben. Also von unserer Seite ein ganz klares Ja. Wir freuen uns, dass die EnBW hier in die richtige Richtung geht und dass dieses Kraftwerk Wasserstoff-ready ist. Wir freuen uns, wenn genügend grüner Wasserstoff kommt. Wir sind auf jeden Fall dabei.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Beim Titel Grundsatzbeschluss der Stadt Karlsruhe zur Entwicklungsstrategie des Kraftwerkstandortes Karlsruhe der EnBW, hier Planung einer hocheffizienten Gas- und Dampfturbinenanlage mit Kraft-Wärme-Kopplung als Option und Wasserstofffähigkeit, kurz RDK 9, denke ich eher an einen sehr sperrigen Titel, und man würde nicht so eine emotionale Debatte erwarten. Ich meine, auch Herr Huber hat schon schön gesagt, eigentlich sollten wir hier nicht die Bundesenergiepolitik diskutieren, weil letztlich können wir an der dann doch leider sehr wenig ändern. Aber am Ende kommt es dann doch dazu wieder, und jeder beschwert sich dann gerne, was denn auf Bundesebene passiert oder nicht passiert und zu wenig ist. Und manche haben dann auch die Glaskugel, die dann schon wissen, was scheitert, was nicht und was wie viel kosten wird.

Was haben wir hier? Es geht um den Grundsatzbeschluss. Wir wollen sagen: „Hey, soll dieser Kraftwerksstandort weiterentwickelt werden?“ Und das ist erst einmal alles, was wir sagen. Denn ob dieses Kraftwerk kommt, hängt dann am Ende von der Bundespolitik ab. Denn wenn dieses Förderregime geändert wird, dann wird dort auch kein Kraftwerk erscheinen. Wenn die EnBW nicht sieht, dass es bezahlbar sein wird, es wirtschaftlich sein kann, dann wird es das nicht geben. Von daher viele Diskussionen, die wir hier auch führen, könnte man sich doch in gewisser Weise an dieser Stelle sparen. Trotzdem ist es natürlich wichtig, darüber zu reden, was bedeutet es für uns. Da sind auch viele positive Effekte daran gebunden, wie zum Beispiel die Andockung an die Wasserstoffpipeline, dass Wasserstoff überhaupt hier irgendwann hinkommen kann, der dann zunächst natürlich maximal blau ist, hoffentlich dann irgendwann grün.

Aber trotzdem ist es ein wichtiger Standort, weil wir brauchen Diversifizierung in der Energieversorgung, denn die Energiewende, die lässt sich nicht aufhalten, und die ist voll im Gange, und die läuft auch sehr gut. Aber deswegen haben wir jetzt das Problem, dass wir

erst einmal noch diese disponiblen Kraftwerke brauchen, und die ersetzen dann erst einmal vor allem auch Kohle, was erst einmal schon eine riesige CO<sub>2</sub>-Einsparung ist. Von daher lasst uns für die Diversität gehen, kein Kraftwerk ist auch keine Lösung. Von daher müssen wir hier ganz klar schauen, wie können wir unseren Standort weiterentwickeln und dort bessere Thematiken haben.

Zum Thema Vorlage verändern, erst einmal es zeigt auch, man braucht hier eine Diskussion auch der Öffentlichkeit. Von daher auch vielen Dank, dass wir hier noch einmal diese Verschiebung gemacht haben. Danke an das Klimabündnis, die auch hier noch einmal eine Diskussionsrunde aufgeworfen haben. Ich muss sagen, auch hier hätte mir mehr Lokalfokus und weniger Bundesfokus mehr gelegen. Aber trotzdem hat hier auch gezeigt, dass vieles in der Vorlage auch nicht so genau drin stand. Diese Änderungen, die jetzt sind, sind Klarstellungen, die auch die EnBW selber gemacht hat. Also von daher ist es auch nicht, dass hier am Ring durch die Manege gezogen wurde, sondern letztlich war es eine Präzisierung durch Nachfragen, die sehr wichtig ist und die sehr gut ist. Von daher auch vielen Dank an die Stadtverwaltung, die auch an dem Gespräch beteiligt war, die das jetzt noch einmal angepasst hat. Lasst uns schauen, dass wir dann in der weiteren Diskussion den städtebaulichen Vertrag gut hinbekommen, um ein tolles neues Kraftwerk in unserem schönen Karlsruhe zu haben.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Zunächst bin ich dankbar, dass das Wort Bekenntnis aus der Vorlage entfernt wurde. Das ist schon fast religiös. Die Befürchtungen, technologisch den Anschluss zu verlieren, sind nachvollziehbar. Echter grüner Wasserstoff, und da müssen wir ehrlich sein, sowohl was die Quantität als auch die Finanzierbarkeit angeht, ist Zukunftsmusik. Hier einen Grundsatzbeschluss zu einem Kraftwerk zu treffen, das über Jahre hinweg doch noch fossil betrieben wird, und das bei gleichzeitig fehlendem Gesamtkonzept für die künftige Fernwärmeversorgung, Versorgung mit Erneuerbaren, ist viel verlangt. Wir benötigen effektive Speicherlösungen, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit alternativen Energiequellen wie Flusswärme oder auch Geothermie. Und dann wird ein zukunftsfähiger und klimafreundlicher Schuh draus. Es ist so ein bisschen die Befürchtung, dass die Hoffnung und das Warten auf sauberen Wasserstoff am Ende die Nutzung fossiler Rohstoffe nur verlängern.

Die Veränderungen in der Vorlage begrüßen wir. Trotzdem möchten wir bzw. heute nur ich stellvertretend für meine Fraktion keinen Blankoscheck oder eine Willensbekundung für ein weiterhin fossil betriebenes Kraftwerk ausstellen, dessen Zukunft zu viele Fragezeichen hat.

**Stadtrat Haug (KAL):** Die neue Beschlussvorlage macht es uns leichter, der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen. Dadurch wird dem von den Stadtwerken noch zu erstellenden Konzept der Fernwärmeversorgung nicht vorgegriffen. Das ist jetzt deutlicher formuliert. So entstehen keine Vorfestlegungen für das Fernwärmekonzept der Stadtwerke. Das war einer der Kritikpunkte an dem frühen Sitzungstermin. Bei dem zu erstellenden Gesamtkonzept für die Fernwärmeversorgung ist uns wichtig, dass, wie es auch in der Vorlage ausgeführt ist, der Einsatz einer Flusswärmepumpe oder auch die Geothermie Bestandteil der Überlegungen sind, um den Einstieg in eine klimaneutrale Produktion der Energie zu schaffen. Nach dem derzeitigen Stand ist der Bau eines neuen Kraftwerkes erforderlich und nicht zu vermeiden, auch wenn ein späterer Betrieb mit grünem Wasserstoff vorgesehen ist. Sofern dieser in ausreichender Menge zur Verfügung steht, kommt in der ersten Phase

Erdgas und LNG zum Einsatz. Durch das RDK 9 wird zwar die Kohleverstromung des RDK 8 ersetzt, was schon einmal eine Verbesserung ist, aber der vollständige Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist noch nicht geschafft.

Wir freuen uns aber, dass dem GRÜNE-Antrag gefolgt wird, damit dem beantragten städtebaulichen Vertrag im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Leitplanken für den Einsatz von Erdgas geschaffen werden.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Die zentrale Frage des Klimabündnisses war die: Hat es Zeit noch, können wir es ein bisschen verschieben? Dafür bin ich ausgesprochen dankbar, dass wir diese Online-Veranstaltung, hatten, weil mir ist viel deutlich geworden. Aus der Vorlage, die von der Verwaltung kam, war mir das soweit nicht klar. Ich habe das gebraucht tatsächlich. Deswegen meine Dankbarkeit dem Klimabündnis gegenüber.

Die Frage ist tatsächlich noch mal: Hat es Zeit zum Aufschieben oder nicht? Und ich würde sagen, es hat keine Zeit zum Aufschieben, und zwar aus folgenden Gründen. Das RDK 8 wird vom Netz gehen, und wir brauchen eine stabile Netzversorgung. Also das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, endlich haben sie es kapiert, dass wir Wasserstoff in Karlsruhe brauchen. Allein wenn das Kraftwerk kommt, dann ist klar, wir brauchen eine Wasserstoffanbindung. Natürlich werden wir nicht gleich grünen Wasserstoff kriegen, das wissen wir alle. Vielleicht gibt es sogar weißen Wasserstoff. Vielleicht gibt es einen andersfarbigen Wasserstoff. Wir müssen mischen. Es wird nicht die reine Form geben, aber die wird kommen. Deswegen auf jeden Fall bin ich dankbar für das.

Ich stimme mit der AfD auch nicht überein, wenn sie sagen, das ist der dreifache Preis. Vielleicht heute, aber bis der Wasserstoff kommt, gehen zehn Jahre vorbei, und bis dorthin werden wir ganz andere Preise haben, auch im Wasserstoffbereich. Jeden Tag kann man in den Nachrichten lesen, dass weißer Wasserstoff gefunden wird. Also die Zeit spricht für Wasserstoff. Das andere ist noch eine Bemerkung zur Wärme Auskopplung. Viele setzen ihre Hoffnung darauf, aber das wird nicht funktionieren. Das RDK 9 wird am Anfang in Mittellast laufen. Das bedeutet, es wird länger laufen, aber mittelfristig wird es nur noch auf Spitzenlast laufen. Das wird fast nicht mehr laufen. Es wird keine Wärme abgeben oder wenig Wärme abgeben. Deswegen, die Hoffnung auf Wärmeauskopplung für die Fernwärme, die können wir beerdigen. Insofern meine Bitte noch einmal, das wirklich zu bedenken, von der Stadt her auch, dass es um eine reine Verstromung geht, um reine Stromsicherheit. Soweit, es ist Zeit, das wirklich zu verwirklichen. Deswegen mein Ja und auch gerne dazu.

**Der Vorsitzende:** Zur Kritik, dass wir die Vorlage noch einmal verändert haben, sie ist inhaltlich nicht verändert. Sie mag in der Begründung zum Teil etwas detaillierter und präziser sein, auch in dem, was drinsteht. Und wir wollten vor allem die Vorlage versachlichen und entemotionalisieren. Weil es geht an der Stelle darum, und das ist unser Auftrag über die Baden-Württembergische Gemeindeordnung, dass wir versuchen, einen möglichst breiten Konsens hier im Gemeinderat zu erzielen. Hätten wir sie jetzt inhaltlich massiv verändert, hätte Ihre Kritik ihre Berechtigung. Ich sehe das aber nicht, sondern wir kriegen dadurch, glaube ich, jetzt einen anderen, einen präziseren und sachlicheren Diskussionsstand hin. Und das tut uns für die Zukunft gut.

Ich finde Ihre Formulierung, Herr Stadtrat Gaukel, trifft es. Kein Kraftwerk ist am Ende auch keine Lösung. Und was ich auch sehr wichtig finde, ist noch einmal die Darstellung, die Sie auch aus der Beantwortung der Fragen, die das Klimabündnis gestellt von der EnBW, jetzt auch heute zur Verfügung gestellt bekommen haben, dass man davon ausgeht, dass der Koalitionsvertrag so zu interpretieren ist, dass dieses Programm, das unter der Ampel aufgesetzt wurde, nämlich über eine Bundesförderung solche wasserstofffähigen Gaskraftwerke zu finanzieren. Und nur das ist die Voraussetzung, um das es im Moment sich überhaupt dreht, dass man das wieder aufnehmen will und umsetzen will. Und nun könnten wir sagen, oder es könnte so sein, dass die EnBW auf ihrem Grundstück das auch schon errichten kann, ohne dass wir den Bebauungsplan ändern. Das ist aber eben nicht so. Dann werden wir jetzt im Grunde gar nicht gefragt. Und insofern ist natürlich auch die Frage, warum warten wir nicht ab, bis wir dann einen Aufstellungsbeschluss haben. Es ist aber an der Stelle, glaube ich, ganz wichtig, und das ist berechtigt, die EnBW ist ein wichtiges Wirtschaftsunternehmen in dieser Stadt, dass die bei uns erst einmal nachfragen: „Würdet ihr bereit sein, den Bebauungsplan zu priorisieren?“ Und die Priorisierung von Bebauungsplänen hat eben auch etwas mit Gemeinderatsentscheidungen zu tun.

Und die zweite Ansage ist, es wird am Ende weniger wasserstofffähige Gaskraftwerkstandorte durch die Subventionierung durch die Bundespolitik geben, als man vielleicht insgesamt Standorte kennt, die gerne eins hätten. Und da ist, glaube ich, im Moment deswegen auch ganz wichtig, dass wir als Stadt sagen, grundsätzlich sind wir an der Zukunftsfähigkeit unseres Kraftwerksstandortes interessiert. Denn wenn man kein wasserstofffähiges Kraftwerk bauen kann, das man nur bauen kann, wenn es subventioniert ist, dann kann man es in absehbarer Zeit auch nicht bauen, wenn es nicht subventioniert ist. Und dann wird hier nämlich passieren, dass die RDKs irgendwann alle in die Reserve gehen. Nicht irgendwann, sondern es ist angekündigt, dass auch das modernste Steinkohlekraftwerk in die Reserve gehen wird, was wir als Karlsruher letztlich nur begrüßen können. Aber dann ist dann eben kein Kraftwerk mehr da. Und da muss ich sagen, geht es auch ein Stück weit darum, dass wir hier diesen Standort erhalten mit Arbeitsplätzen, mit Wirtschaftskraft und allem, was dazugehört.

Herzlichen Dank dafür, dass wir den Ergänzungsantrag auch als Prüfantrag verstehen dürfen. Diese Festlegungen, die Sie dort treffen, werden sich nach meiner Einschätzung am Ende mit den Ausschreibungsbedingungen für dieses Bundesprojekt möglicherweise haken. Und deswegen bin ich sehr dankbar, weil wir können es inhaltlich alles nachvollziehen, nur es macht am Ende keinen Sinn, wenn wir am Ende dann die Teilnahme an dem Bundesprojekt vielleicht torpedieren, dass Sie uns die Möglichkeit geben, es jetzt einmal mit der EnBW durchzudiskutieren, dass wir auch einmal mit der Stadt Heilbronn Kontakt aufnehmen. Da ist die Situation etwas anders, weil es nicht um einen solchen neuen Standort geht, sondern die haben, glaube ich, umgerüstet. Da ist es nicht so. Also wir klären es ab. Und das ist der letzte Satz in unserer Stellungnahme, wir werden dann spätestens beim Aufstellungsbeschluss Sie in Kenntnis setzen, was aus unserer Sicht im Durchführungsvertrag möglich ist und was nicht möglich ist. Und das gibt uns erst einmal im Grunde dann auch noch einmal den Spielraum, das alles zu eruieren. Denn wenn Sie es erst beim Satzungsbeschluss wissen, dann nutzt es ja dem Prozess am Ende nichts mehr. Wir werden vielleicht noch nicht alles wissen, aber wir werden Ihnen vom Fortgang der Gespräche und von den Inhalten dann natürlich berichten.

Herzlichen Dank allen Beteiligten. Ich darf mich beim Klimabündnis auch bedanken, vor allem auch bei der EnBW, dass die sich auf diese Videogeschichte eingelassen haben. Ich darf mich beim Dezernat 5 bedanken, dass wir aus dem Ganzen eine neu formulierte Vorlage konzipiert haben, die, glaube ich, jetzt doch einen großen Konsens findet. Und damit können wir in die Abstimmung einsteigen. Die kann jetzt erfolgen, ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit mit großer Zustimmung. Ich glaube, das ist ein gutes Signal, und die Diskussion werden wir sicherlich noch zu gegebener Zeit führen. Es ist jetzt niemand da, der sagt, er hat falsch gestimmt. Okay, alles klar, okay, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
16. Mai 2025